

Bericht über die Herbsttagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee unter dem Vorsitz des Kantons St.Gallen

37. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee vom 18. Oktober 2011

Am 18. Oktober 2011 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (PKB) in der Universität St.Gallen zum halbjährlichen Informationsaustausch. Unter der Leitung des St.Galler Kantonsratspräsidenten nahmen die parlamentarischen Delegationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg sowie der Kantone Zürich, Schaffhausen, Thurgau, St.Gallen, beider Appenzell und des Fürstentums Liechtenstein teil.

Im Mittelpunkt ihrer Beratungen – wie bereits in der Frühjahrstagung – stand das Thema «Grenzüberschreitende Gesundheitspolitik». Die Ausgaben für das Gesundheitswesen machen in der westlichen Industriegesellschaft einen grossen Anteil des Bruttoinlandproduktes (BIP) aus. Deshalb ist die Politik gefordert, Wege zur Kostensenkung zu suchen. Aus Sicht der Mitglieder der Parlamentarier-Konferenz Bodensee wird dabei die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure – auch über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus – immer wichtiger.

Im Zentrum der Tagung stand das Referat zum Thema «Grenzüberschreitende Gesundheitspolitik» von *Thomas Zeltner*, Professor für öffentliche Gesundheit an der Universität Bern und ehemaliger Direktor des Bundesamtes für Gesundheit (1991 bis 2009). Thomas Zeltner sprach sich für eine grenzüberschreitende Gesundheitspolitik aus. «Der Gesundheitssektor gehört heute zu den essentiellen Infrastrukturen einer Region und ist damit zu einem bedeutsamen Element des Standortwettbewerbes geworden. Gemeinden, Kantone und Länder sind deshalb versucht, den Bürgern ein möglichst vollständiges medizinisches Angebot zu offerieren. Dem stehen allerdings Überlegungen der Ergebnisqualität und der Kosteneffizienz entgegen». Thomas Zeltner tritt deshalb für grenzüberschreitende Zusammenschlüsse ein. Die Kantons- und Landesgrenzen überschreitende Zusammenarbeit war in der Vergangenheit ein Tabu, das erst in den letzten Jahren hinterfragt wurde. Thomas Zeltner zeigte auf, wie dieses Tabu gebrochen werden könnte.

Im Anschluss an das Referat diskutierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Thema intensiv. Sie waren sich einig, dass die hoheitlichen und funktionalen Räume nicht deckungsgleich sind und sie deshalb nicht je alleine ein umfassendes medizinisches Angebot erbringen können. Sie betonten zudem, dass die Konzentration medizinischer Spezialgebiete zu einer Qualitätssteigerung führt und dadurch die Kostenstruktur optimiert werden kann.

In diesem Zusammenhang wurde von der Parlamentarier-Konferenz Bodensee eine *Resolution* beschlossen, die eine länder- und kantonsübergreifende Zusammenarbeit zum Inhalt hat. Unter anderem soll mittels geeigneter Pilotprojekte die Kompatibilität der verschiedenen Gesundheitssysteme aufgezeigt werden. Zudem sollen Optimierungen angestrebt und gemeinsame Qualitätsstandards entwickelt werden. Eine Konkurrenzsituation einzelner Infrastrukturen und bestehender Angebote in der Grundversorgung soll dabei vermieden werden. Die Mitglieder der Parlamentarier-Konferenz Bodensee bekräftigten ihren Willen, in ihrem Hoheitsgebiet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik anzustreben. Dass dies ein langwieriger und steiniger Weg sein wird, waren sich die Teilnehmenden bewusst.

Appenzell Ausserrhoden wird im Jahr 2012 den Vorsitz der Parlamentarier-Konferenz Bodensee turnusgemäss übernehmen. Im Mittelpunkt der Tagungen wird das Thema «Zwischenräume» stehen, gemeint sind damit insbesondere die Herausforderungen der Raumplanung.

[>> Resolution]

Resolution

Die Parlamentarier-Konferenz Bodensee

mit Vertretungen des Bundeslandes Baden-Württemberg, des Freistaates Bayern, des Bundeslandes Vorarlberg, des Fürstentums Liechtenstein sowie der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St.Gallen, Thurgau und Zürich

verabschiedet einstimmig nach Beratung in ihrer Frühjahrs- und Herbsttagung 2011

als Resolution:

Die Mitglieder der Parlamentarier-Konferenz Bodensee streben in ihrem Hoheitsgebiet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik an,

in der Überzeugung, dass:

- die hoheitlichen und funktionalen Räume nicht deckungsgleich sind,
- sie nicht je alleine ein umfassendes medizinisches Angebot erbringen können,
- die Konzentration medizinischer Spezialgebiete zu einer Qualitätssteigerung führt und
- dadurch die Kostenstruktur optimiert werden kann

indem sie:

- die Kompatibilität der verschiedenen Gesundheitssysteme mittels geeigneter Pilotprojekte aufzeigen,
- durch alle für die Gesundheitsversorgung zuständigen Stellen die Versorgungsstruktur im Gesundheitssektor optimieren und langfristig die Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsstandards festlegen und fördern,
- notwendige Gesetzesanpassungen anregen,
- ohne eine Konkurrenzsituation in der Grundversorgung zu schaffen, insbesondere zwischen den einzelnen Infrastrukturen im Bereich der ambulanten und stationären Angebote.